



Titelbild: David Awazadeh/Connected Archives

## Ein Land verlernt das Lesen

Schüler, Studierende, sogar angehende Lehrkräfte haben zunehmend Mühe, längere Texte zu erfassen. Das hat Folgen – nicht nur für das Gehirn **WISSEN**

GEOPOLITIK

NEUER BUNDESTAG

### Barbaren ante portas

Die Regierung Trump macht jetzt Ernst mit der Eindämmung Chinas. Aber Peking wird sich nichts gefallen lassen **VON MATTHIAS NASS**

Chinas bedeutender konfuzianischer Philosoph Menzius (372–289 v. Chr.) schrieb: »Ich habe von Männern gehört, welche die Lehren unseres großen Landes genutzt haben, um Barbaren zu ändern. Noch nie aber habe ich von jemandem gehört, der durch die Barbaren ein anderer geworden wäre.«

So ungefähr muss man sich den Blick auf die Welt auch heute noch vorstellen – ganz gewiss den Blick auf das Amerika Donald Trumps. Für China gibt es da nichts zu lernen. Und ganz gewiss wird es sich vom US-Präsidenten nicht zwingen lassen, die eigene Wirtschaftspolitik zu ändern. Doch Trump versucht genau das. Mit dem Angriff auf die Zolltarife trägt er seine eigene Kulturrevolution gerade in die ganze Welt. Seine besondere Angriffswut gilt dabei jenem Land, das von Kulturrevolutionen nichts mehr wissen will und dem seit Mao Zedong die Angst vor dem Chaos in den Knochen steckt.

In den vergangenen 45 Jahren ist China ein phänomenaler Aufstieg gelungen. Es ist zum einzigen ernsthaften Gegenspieler der Weltmacht Amerika geworden. Parteichef Xi Jinping wird den Teufel tun und Trump, wie der es von anderen Staatsführern zufrieden berichtet, den »Arsch küssen«.

#### Mehr als nur ein Zollkrieg: Der Konflikt ist Teil eines Ringens auf allen Ebenen

Schon jetzt ist der pazifische Handelskrieg in irrwitzige Dimensionen eskaliert. Die USA erheben auf chinesische Güter Zölle von bis zu 145 Prozent; China antwortet mit 125 Prozent und dem Ausfuhrstopp für Seltene Erden. Es geht aber nicht um den Handel allein. Der aktuelle Konflikt ist Teil eines Ringens auf allen Ebenen – politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, technologisch, militärisch.

Noch sind die USA die stärkere Macht. Aber China erreicht inzwischen gut siebzig Prozent der amerikanischen Wirtschaftsleistung. Kein Gegner in den vergangenen hundert Jahren war so nahe daran, die Vereinigten Staaten einzuholen – nicht Nazideutschland, nicht das kaiserliche Japan, nicht die Sowjetunion.

China dagegen, das ist die Furcht in Washington, könnte Amerika von der Spitze verdrängen. Die Volksrepublik ist heute der größte

Handelspartner von 120 Ländern. Bei 37 von 44 Schlüsseltechnologien wie der Elektromobilität gilt sie als weltweit führend. Vor allem aber rüstet sie gewaltig auf, US-Experten sprechen von der »schnellsten militärischen Modernisierung in der Geschichte«.

Mit Außenminister Marco Rubio und Sicherheitsberater Michael Waltz hat Trump zwei unerbitliche China-Kritiker in seine Regierung geholt. Waltz schrieb noch als Kongressabgeordneter: »Ich bin davon überzeugt, dass Chinas Kommunistische Partei einen kalten Krieg gegen die Vereinigten Staaten begonnen hat und offen das Ziel verfolgt, die liberale, westlich geführte Ordnung zu ersetzen, die seit dem Zweiten Weltkrieg Bestand hat.«

In Wahrheit sei es genau umgekehrt, kontert China. Niemand gefährde die Weltordnung so wie Donald Trump. Pekings Führung sieht in dessen maßlosen Zöllen einen weiteren Versuch, den Wiederaufstieg des Landes zu verhindern. Xi Jinping hat den USA schon 2023 vorgeworfen, ihr Ziel sei die »umfassende Eindämmung, Einkreisung und Unterdrückung Chinas«. Die Volksrepublik müsse daher zum »Kampf« bereit sein.

Auch jetzt lautet die Parole: »Wir kämpfen bis zum vollständigen Sieg.« Vermutlich werden beide Seiten nach einem Kompromiss suchen, bevor der Schaden durch den Zollkonflikt unerträglich wird. Dennoch, in der Rivalität der Supermächte geht es ums Ganze. Die USA sind entschlossen, die Nummer eins auf der Welt zu bleiben. China macht ihnen diesen Rang streitig.

Das geopolitische Ringen verlagert sich damit endgültig vom Nordatlantik zum Indopazifik. In Europa gilt die Hauptsorge Wladimir Putin. Aber gerade den schont Trump bei den Zöllen, er will ja möglichst rasch einen Ukraine-Deal. Damit sich Amerika dann wieder anderen, aus Washingtoner Sicht wichtigeren Dingen zuwenden kann. Marco Rubio hat dies vor wenigen Tagen offen gesagt.

»Priorisierer« werden in Peking jene Leute in der Regierung von Donald Trump genannt, die sich auf den Konflikt mit China konzentrieren wollen. Der Außenminister gehört dazu, der Sicherheitsberater, der Verteidigungsminister, auch der Präsident. Es ist insofern nur konsequent, wie Trump gegen den Rivalen wütet. Doch China will sich von ihm nicht ändern lassen, es will kämpfen.

### Hier geblieben!

Viele profilierte Politiker wollen sich aus dem Parlament zurückziehen. Das sollten sie sich noch mal überlegen **VON PETER DAUSEND**

Es gibt Rückkehrer, Quereinsteiger, einen Metzgermeister als Agrarminister, eine relativ Linke für die Bildung, einen Erzkonservativen für die Kultur, eine Juristin für die Gesundheit, mehr Frauen als gedacht, Männer, die das Volk wenig (Johann Wadepuhl) oder gar nicht kennt (Karsten Wildberger). Und es gibt kaum jemanden mit Regierungserfahrung, nicht einmal der designierte Chef hat welche. Das Regierungsteam von Friedrich Merz und Markus Söder verkörpert einen Mix aus Risikobereitschaft, Überraschungswillen und Machtkonzentration im Zentrum.

Schön und gut. Aber bei allem Mut zum Novizentum am Kabinettschisch würden sich in Zeiten großer und größter Krisen viele Deutsche etwas sicherer fühlen, wenn der Bundestag eine Art Reserveheer der Erfahrung vorhielte. Doch dieses Heer formiert sich nicht, da zu viele mit der Rolle des einfachen Soldaten nicht klar kommen und lieber das Weite suchen.

#### Scholz schweigt, Habeck eiert, Lauterbach denkt nach, Kühnert ist schon weg

Prägende Politiker der vergangenen Jahre sind bereits aus dem Bundestag ausgestiegen, werden noch aussteigen, erwägen, es zu tun, oder sind zwar gewählt, aber auch gekränkt. Olaf Scholz schweigt, Robert Habeck eiert rum, Karl Lauterbach denkt nach, Annalena Baerbock macht rüber nach New York, Cem Özdemir runter nach Stuttgart, Kevin Kühnert und Michael Roth sind schon weg – und was andere frustrierte Ex-Ampelminister künftig zu machen gedenken, wissen sie wohl selbst noch nicht. Raus aus dem Bundestag, weil man andere Karrierepläne verfolgt, weil man lieber seine verletzte Eitelkeit pflegt, sich in seiner Niederlage suhlt oder an der – in der Tat – wachsenden Brutalität des politisch-medialen Komplexes verzweifelt? Doch für persönliche Empfindlichkeiten ist jetzt vielleicht nicht die Zeit. Dafür steht schlicht zu viel auf dem Spiel.

Mit 152 Abgeordneten ist die AfD in den neuen Bundestag eingezogen. Befeuert von weiter steigenden Umfragewerten werden die Rechtspopulisten noch provozierender auftreten, noch verhetzender reden, ihre Verachtung für das Parlament und die liberale Gesellschaft noch unverhohlener rauspöbeln. Wenn die geschrumpfte

Mitte-Mehrheit im Bundestag der neuen Macht und dem aggressiveren Auftreten der AfD nur mit parlamentarischen Zweitsemestern, Neulingen, Nachrückern und ambitionlosen Hinterbankdrückern entgegentritt, wird sie so lange weiter schrumpfen, bis sie keine Mehrheit mehr ist. Die rhetorische Brillanz eines Robert Habeck ist beim Kampf gegen die Feinde der Demokratie ebenso unverzichtbar wie die kämpferische Entschiedenheit eines Michael Roth oder eines Cem Özdemir, diese Demokratiefürer im Bundestag zu stellen – was beide mehrfach getan haben.

Mehr noch: Die liberale Demokratie mag in Deutschland unter Druck sein, anderswo ist sie längst in Gefahr. Die Aushöhlung des Rechtsstaates, die Verachtung für Werte, die man für gemeinsame hielt, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit greifen zunehmend auch in jener geographischen wie mentalen Region um sich, die man mal »den Westen« nannte. Mit den Auswirkungen dieser Entwicklung wird sich der 21. Bundestag genauso zu beschäftigen haben wie mit einer völlig neu auszurichtenden Nato und einer EU, die unter dem Wirken illiberaler Saboteure zu einer eigenständigen Macht heranwachsen muss.

Sollen Aufbruch und Sicherheit zugleich vermittelt werden, braucht es daher neben der Risikobereitschaft eines neuen, unerfahrenen Kanzlers einen Mix aus politischer Erfahrung, Widerstandsfähigkeit und der Demut, sich als Ex-Wichtiger künftig auch in der zweiten Reihe zu engagieren. Einfach zu verschwinden, wenn politische Karrierepläne platzen oder die Anfeindungen heftiger werden, ist nicht die Lösung, sondern ein Problem. Wenn jeder geht, dem das widerfährt – wer bleibt dann noch?

Natürlich tragen wir alle eine Mitverantwortung, wo wir die widerliche Hetze und die Gewaltandrohungen gegen Abgeordnete im Netz oder im Alltag achselzuckend hinnehmen, wo als Folge davon der Beruf des Politikers immer unattraktiver wird. Und natürlich leisten Medien der Politikverachtung Vorschub, wenn sie auf eine Regierung bereits Grabreden halten, die noch gar nicht am Kabinettschisch Platz genommen hat. Aber, bei allem Mitgefühl: Soll »Resilienz« vom Modewort zum neuen politischen Modus werden, dann braucht es Politiker, die etwas aushalten. Sogar ihre eigenen Niederlagen.

Beide Leitartikel finden Sie zum Hören unter [www.zeit.de/vorgelesen](http://www.zeit.de/vorgelesen)

#### Mit 3 Seiten ZEIT im Osten



#### Hilfe, ein Fruchtzweig!

Im Osten schrumpft die Obstbaufläche. Woran liegt das?

Seite 18

#### Ich habe den Zenit überschritten

Stephan Weil über seinen Rücktritt – bei aller Liebe zu Hannover Politik, S. 4



#### Lassen Sie uns bitte reden

Juli Zeh und andere Intellektuelle fordern mehr Debattenfreiheit

Feuilleton, S. 43

#### PROMINENT IGNORIERT



#### Das 11. Gebot

»Bei schönstem Wetter«, wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtet, sind am Sonntag 900 Motorradfahrer zur Kapelle in Halbing geströmt, um »sich und ihre Maschinen« segnen zu lassen. Un erwähnt bleibt, ob der eigens aus Wien nach Bayern angereiste Pater Günter Reitzli die Crowd zum Schutz der Landbevölkerung auch an das elfte Gebot erinnert hat: »Du sollst nicht röhren!« **USTO**

Kleine Bilder (v. o.): Lena Giovanazzi; Marzena Skubatz für DIE ZEIT; Christian Endt/SZ Photo

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg  
Telefon 040 / 32 80-0; E-Mail: [DieZeit@zeit.de](mailto:DieZeit@zeit.de), [Leserbriefe@zeit.de](mailto:Leserbriefe@zeit.de)

ZEIT ONLINE GmbH: [www.zeit.de](http://www.zeit.de)  
ZEIT-Stellenmarkt: [www.jobs.zeit.de](http://www.jobs.zeit.de)

ABONNENTENSERVICE:  
Tel. 040 / 42 23 70 70,  
E-Mail: [abo@zeit.de](mailto:abo@zeit.de)

PREISE IM AUSLAND:  
FIN 11,50/E 8,90/CAN 8,90/  
F 8,90/NL 8,50/A 7,50/  
CH 9,50/I 8,90/GR 8,90/B 8,50/  
P 8,90/L 8,50/H 4690,00

## N° 18

80. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 106955

»Ich bin wütend.« Die Schülerin Annegret Junger vor dem örtlichen Jugendzentrum



## Bleibt uns fern mit eurem Geld

1,2 Millionen Euro hätte Salzwedel von Bund und Land bekommen, um Demokratieprojekte zu finanzieren. Doch eine Mehrheit im Stadtrat lehnte die Förderung ab – neben der AfD auch die CDU. Warum nur? VON VALERIE SCHÖNIAN



»Heftig« nennt Thomas Böder, Fraktionschef der CDU in Salzwedel, das Ausmaß der Kritik an ihm

Große Verschiebungen zeigen sich oft erst im Kleinen – in diesem Fall in Salzwedel, einer hübschen Stadt in der Altmark im Norden Sachsen-Anhalts. Dort steht Annegret Junger, 17 Jahre alt, vor einem Haus mit Graffiti an der Wand und sagt: »Ich bin wütend.«

Es ist ein Freitagvormittag Ende März. Die Wand gehört zum Schülerfreizeitzentrum der Stadt. Hier sollte Annegret Junger ein bisschen was über Demokratie lernen, in einem Jugendforum – dieses hätte ein Budget von 7.000 Euro bekommen, um damit eigene Ideen umzusetzen. Doch daraus wird jetzt nichts. Denn der Salzwedeler Stadtrat hat die Fördergelder, die das finanzieren sollten, abgelehnt. Und das, obwohl sie bereits vom Bund bewilligt waren. »Ich war geschockt, als ich davon gehört habe«, sagt die Schülerin. »Dass unsere eigene Stadt uns die Möglichkeit nimmt, uns zu engagieren.«

Das Geld wäre aus dem »Demokratie leben!«-Programm des Bundesfamilienministeriums gekommen, in dessen Rahmen die Stadt den Zuschlag für eine »Partnerschaft für Demokratie« erhielt. 140.000 Euro wären damit einhergegangen – jährlich, über acht Jahre. Auch das Land hätte etwas dazugegeben, sodass der Region durch den Entschluss fast 1,2 Millionen Euro entgehen, auch das Geld für das Jugendforum.

Das Bundesfamilienministerium schreibt auf Anfrage: »Wir bedauern die Entscheidung sehr.« Auch das Arbeitsministerium Sachsen-Anhalts »bedauert« den Entschluss und schreibt, »die Partnerschaften« leisteten »wertvolle Arbeit«. Der parteilose Bürgermeister von Salzwedel, Olaf Meinung, sagt am Telefon, die Entscheidung seines Stadtrats habe ihn »überrascht« und »enttäuscht«.

Warum lehnt ein Stadtrat so viel Geld ab? Wer die Antwort darauf sucht, trifft auf ein Problem, das weit über Salzwedel hinausweist.

So viel sei an dieser Stelle schon gesagt: Es hat auch mit der Kleinen Anfrage zu tun, die Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zwei Tage vor der Bundestagswahl an die Regierung stellte, mit 551 Fragen. Sie betrafen das Thema »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen«. Hier in Salzwedel zeigt sich, welche Folgen diese Anfrage in Ostdeutschland hat.

Ende Februar – fünf Tage nach dem Antrag – kam der Salzwedeler Stadtrat zu seiner Sitzung zusammen, in der die Vorlage, mit der die Teilnahme an dem Bundesprogramm beschlossen werden sollte, abgelehnt wurde. Es stimmten 19 von 35 Stadträten dagegen. Neben Teilen der Freien Fraktion lehnten die AfD und die Fraktion CDU/Salzwedel Land das Vorhaben ab. Die CDU ist mit vier Mitgliedern im Stadtrat vertreten. Hätte sie zugestimmt, wäre das Programm angenommen worden. Jetzt kann sich die Stadt erst wieder zur nächsten Förderperiode bewerben, voraussichtlich in acht Jahren.

Natürlich muss man CDU-Vertreter fragen, wie es zu ihrer Entscheidung kam. Aber zuerst trifft man Cathleen Hoffmann. Sie sitzt in einem Café in der Innenstadt, neben Fachwerkhäusern und einer Kirche, und sagt: »Als die Entscheidung gefallen ist, war ich wie benebelt.«

Cathleen Hoffmann, 45 Jahre alt, vertritt im Salzwedeler Stadtrat das »Bündnis lebenswertes Land«, das eine Fraktion mit der SPD bildet. Sie arbeitet außerdem beim Verein Miteinander. Deswegen durfte sie selbst nicht abstimmen, denn wäre das Bundesprogramm angenommen worden, wäre Miteinander die sogenannte Koordinierungsstelle geworden; hätte also die Bundesgelder vor Ort an die bewilligten Projekte verteilt.

Hoffmann erzählt: Seit Ende 2024 hätten sie als Verein gemeinsam mit Salzwedels Bürgermeister Meinung an der Bewerbung für eine Demokratiepartnerschaft gearbeitet. Meinung selbst will nichts weiter zu alledem sagen. Eigentlich, sagt Hoffmann, hätten sie nicht mit dem Zuschlag gerechnet, dann sei die Freude umso größer gewesen.

ANZEIGE

## Mehr Wissen für Resilienz und innere Stärke



Erleben Sie die ganze Wissenswelt der ZEIT Akademie. Über 80 Video-Kurse mit den besten Expertinnen und Experten ihres Fachs. 4 Wochen lang kostenlos!

[www.zeitakademie.de/4-wochen-kostenlos](http://www.zeitakademie.de/4-wochen-kostenlos)

Ein unabhängiges Bündnis mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Stadtverwaltung und Wirtschaft hätte darüber entschieden, an welche Projekte neben dem Jugendforum das Geld gehen soll. Bei anderen Partnerschaften waren das etwa Anti-Gewalt-Trainings, Fair-Play-Aktionen beim Kreissportbund und ein Festival, auf dem Jugendliche Kommunalparlamente kennenlernen sollen – insgesamt gibt es derzeit 23 solche Partnerschaften allein in Sachsen-Anhalt. Städte, Gemeinden, Landkreise können sich darum bewerben. Auch der Kreis Salzwedel hat bereits eine.

Was hatte der Salzwedeler Stadtrat also dagegen? Man kann sich die bewilligende Sitzung im Internet ansehen. Da führen die Kritiker des Programms verschiedene Punkte an, die alle nach Formalitäten klingen. So kritisiert ein CDU-Vertreter den Eigenanteil der Stadt – wobei der bei gerade einmal 4.500 Euro jährlich gelegen hätte, die die Stadtverwaltung bereits eingeplant hatte. Ein Mitglied der AfD begründet seine Ablehnung damit, dass es in der Vergangenheit einen »Mangel an der Beteiligung von Jugendlichen« gegeben habe.

Cathleen Hoffmann hält beide Gründe für vorgeschoben: »Wir hatten die Jugendlichen ja schon zusammen. Es hätte sofort losgehen können.« Woran liegt es dann ihrer Meinung nach, dass der Antrag abgelehnt wurde? »Ich denke, an einer Mischung aus Falschbehauptungen anderer, Unwissen und einer politischen Agenda.« Vor allem wundere sie sich über die CDU, sagt Hoffmann.

Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« gibt es seit zehn Jahren. Dem Bundesfamilienministerium ist neben Salzwedel nur ein anderer Fall bekannt, in dem ein Kreis kurz nach seiner Bewerbung das schon bewilligte Geld wieder ablehnte: Ende Januar hat der CDU-Landrat in Bautzen entschieden, den Fördermittelbescheid zurückzugeben, und begründete das damit, den jährlichen Eigenanteil von 50.000 Euro nicht aufbringen zu können; der Bautzener Kreistag bestätigte später diese Entscheidung (siehe nebenstehenden Artikel).

Vertreter der Zivilgesellschaft fürchten, dass mit Salzwedel und Bautzen Präzedenzfälle entstehen, die Demokratietarbeit zukünftig weiter erschweren. Immerhin ist der AfD das Programm »Demokratie leben!« schon lange ein Dorn im Auge. Als in Sonneberg das erste Mal ein Landrat der AfD ins Amt kam, versuchte er gleich, es zu beenden. Dort scheiterte er damals noch am zuständigen Ausschuss und an CDU-Politikern, die sich für den Erhalt einsetzten.

Aber die Frage bleibt, wieso die CDU ein Programm ablehnt, bei dem es um Demokratieförderung geht?

Das kann man Thomas Böder fragen. Der Informatiker ist Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat und sitzt jetzt in seinem Salzwedeler Parteibüro. Eine Kollegin aus dem Kreisvorstand ist auch da, zur Unterstützung. Denn Thomas Böder ist sichtlich nervös.

Er habe viel Kritik abbekommen, sagt er. Auf Facebook, von Stadtratskollegen. Vor seinem Parteibüro wurde eine Kot-Tüte abgelegt. Zwischenzeitlich habe er nicht schlafen können, erzählt Böder. »Das ist alles schon heftig«, sagt er. »Ich bin auch nur ein kleiner Lokalpolitiker.«

Thomas Böder klingt weder wie ein Feind des demokratischen Systems noch wie ein AfD-Freund. Er sagt: »Wenn die CDU mit der AfD koalitiert, dann trete ich aus.« Wieso stimmt jemand wie er gegen Projekte, die Demokratie fördern sollen?

Böder stellt es zunächst so dar: Der Bürgermeister habe sie zu wenig informiert. »Er hat uns einfach den Beschluss hingeklatscht und vor vollendete Tatsachen gestellt.« Deswegen habe er dagegen gestimmt, vieles sei ihm zu unklar gewesen. Was er zum Beispiel nicht gewollt habe: dass nur der Verein Miteinander darüber entscheide, welche Projekte Geld erhalten. Allerdings entscheidet der Verein überhaupt nicht darüber, sondern in allen Partnerschaften macht das eben ein unabhängiges Bündnis.

Böder zählt weitere Gründe auf, die vor allem nach Formalitäten klingen – so habe er kein Verständnis dafür gehabt, dass eine hochdotierte Stelle (66.000 Euro des Bundesgeldes wären an die Koordinierungsstelle gegangen) vergeben werde, ohne den Stadtrat einzubeziehen. Den Eindruck, den man bekommt, wenn man mit Thomas Böder und anderen spricht, die im Stadtrat dagegen stimmten: Sie schauten ganz genau hin und wollten nicht zustimmen, ohne alle Hintergründe zu kennen und zu verstehen. Nun ist es legitim, ja, wichtig, als Stadtrat genau das zu tun. Dabei kann man auch mal etwas missverstehen. Aber ein Gremium wie der Stadtrat beschäftigt sich stets mit so vielem, dass sich die Mitglieder schwerlich in jede einzelne Vorlage, jedes Detail genau einarbeiten können.

Wieso war es ihnen gerade an dieser Stelle so außerordentlich wichtig? Was ist an Demokratieprojekten besonders heikel? Schließlich ging es hier nicht um Gelder aus einer zweifelhafte Quelle – sondern um Fördermittel eines Bundes- und eines Landesministeriums. Woher das Misstrauen, das so groß war, dass Thomas Böder viel Geld für seine Stadt ablehnte?

Na ja, sagt der: »Der Verein Miteinander ist sehr weit links.« Und: »Ich weiß nicht, ob sie sich neutral verhalten würden.« So engagiere der Verein sich vor allem gegen Rechtsextremismus, weniger gegen Linksextremismus und Islamismus. Aber Neutralität, sagt Thomas Böder, sei doch wichtig, wenn es um staatliche Gelder gehe.

Der Verein Miteinander – bei dem die Stadträtin Cathleen Hoffmann arbeitet – wurde vor

25 Jahren in Sachsen-Anhalt gegründet, als Reaktion auf den Einzug der rechtsextremen Deutschen Volkunion in den Landtag. Daher liegt der inhaltliche Fokus des Vereins auf Rechtsextremismus. In diesem Bereich ist Miteinander Bildungsträger und Experte, wird oft nach seinen Einschätzungen gefragt (auch von der ZEIT). Der Verein hat mehrere Büros in Sachsen-Anhalt, in Magdeburg hat er unter anderem schon als Koordinierungsstelle für »Demokratie leben!« fungiert.

Mitte März, ein paar Wochen nach der Abstimmung im Salzwedeler Stadtrat, hat die Regionalzeitung *Volksstimme* das Thema noch einmal aufgegriffen. Thomas Böder hat der Zeitung dafür ein Statement geschickt, in dem er seine Ablehnung auch damit begründet, dass mit den Geldern »fragwürdige Organisationen« gefördert würden, die »teilweise selbst in den Verdacht geraten« seien, »verfassungsfeindliche Positionen zu vertreten«.

Spricht man mit Böder über sein Statement, wirkt er, als sei ihm dabei unwohl. Meinte er mit diesen Organisationen den Verein Miteinander? Nein, er habe mit dem Verein auch kein Problem. Nur hätte jemand vorher mit den Stadträten sprechen und ihnen erklären sollen, was das genau mit sich bringe, wenn dieser zur Koordinierungsstelle würde.

Wen meinte er dann, und wie ist er auf seine Aussagen gekommen? Thomas Böder sagt, sie hätten das Statement als Kreisvorstand gemeinsam erarbeitet – und diese Passage auf den Vorschlag eines Kollegen hin aufgenommen. Warum? »Weil das inhaltlich ja auch das ist, was die Bundespartei gesagt hat.«

Böder meint damit eben die Anfrage der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zum Thema »politische Neutralität« mit den 551 Fragen. Die entscheidende Sitzung des Salzwedeler Stadtrates war, wie gesagt, wenige Tage nachdem die Union diese Anfrage gestellt hatte. Ob die ihn beeinflusst habe bei seiner Entscheidung? Klar, sagt Böder: »Was die Bundespartei vorgibt, ist für uns ja auch ein Leitfad.«

In der Kleinen Anfrage kommt auch das Programm »Demokratie leben!« vor. Die Antragsteller – darunter namentlich auch Friedrich Merz – finden es »zweifelhaft«, ob dieses seinen »Zweck« erfülle, und fragen, ob dessen Gelder »missbräuchlich« für parteipolitische Zwecke eingesetzt worden seien. Interessant in diesem Zusammenhang: Als der Bund im vergangenen Jahr vielen bayerischen Kommunen keinen erneuten Zuschlag für »Demokratie leben!« gab, protestierten die in einem offenen Brief. Ein Stadtoberhaupt kritisierte, der Wegbruch des Programms gefährde »die lokalen Strukturen, auf denen eine starke und widerstandsfähige Demokratie ruht.« Dabei handelte es sich um Marcus König, den Oberbürgermeister Nürnbergs, ein Mitglied der CSU.

Über das staatliche Neutralitätsgebot, um das es in der Anfrage geht, gibt es schon lange eine Debatte. Die AfD möchte es seit Jahren in ihrem Sinne auslegen – und Kritik an der Partei delegitimieren: durch Anfragen, Anzeigen, Meldungen beim Finanzamt versucht sie, Behörden, Politiker, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern. So hat sie, nur ein Beispiel, das Kultusministerium Niedersachsens verklagt, weil sich eine Osnabrücker elfte Klasse in einem Theaterstück kritisch mit der AfD auseinandergesetzt. Sie verlor. Zu dem Programm »Demokratie leben!« stellt die AfD schon seit Jahren Anfragen an die Bundesregierung.

Was hat die CDU sich aber dabei gedacht? Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass Friedrich Merz nicht beabsichtigt, dass es kein Jugendforum und keine Anti-Gewalt-Trainings in Salzwedel gibt. Was wohl sagt die Bundespartei dazu? Zu einer entsprechenden Anfrage hat sich die Pressestelle in Berlin bis Redaktionsschluss nicht geäußert.

Womöglich hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlicht unterschätzt, welche Auswirkungen ihre 551 Fragen in Ostdeutschland haben würden. Dort, wo die Kräfteverhältnisse schon derart andere sind, die Unsicherheit schon so viel größer ist – auch an der CDU-Basis.

Ein Eindruck dazu noch, aus dem Gespräch mit Thomas Böder: Er wirkt, als ob er eigentlich nur alles richtig machen wollte, indem er genau hinschaute. Man könnte ihm zur Last legen, dass er die Tragweite seiner Entscheidung nicht erkannt hat – andererseits: Kann man das einem ehrenamtlichen Kommunalpolitiker vorwerfen, wenn anscheinend nicht einmal seine hauptberuflichen Parteifreunde diese Folgen antizipierten? Wenn man so will, hat Thomas Böders Parteivorsitzender Friedrich Merz ihn in ein Dilemma gedrängt. Um dessen Linie zu folgen, hat Böder plötzlich an der Seite der AfD gegen Demokratieprojekte gestimmt.

Böder sagt, als er später von den Projekten gelesen habe, die bisher mit dem Programm finanziert wurden, habe es ihm leid getan. »Natürlich will ich, dass Jugendliche ihr Jugendforum haben, was soll ich denn dagegenhaben?« Er finde es wichtig, dass man beim nächsten Mal im Voraus mehr miteinander redet, »dann hätte die Entscheidung auch anders aussehen können«, sagt er.

Man kann das auch als Auftrag verstehen: an die anderen Parteien, den Bürgermeister, Leute wie Cathleen Hoffmann. Bisher haben Hoffmann und Thomas Böder kaum miteinander gesprochen. Doch das werden sie künftig tun müssen, um Mehrheiten für das zu finden, was lange Konsens war. Der Fall Salzwedel zeigt: Projekte für die Demokratie werden in Teilen des Ostens nicht mehr einfach durchgewinkt.

## Unter »Gedöns«-Verdacht

Nicht nur in Salzwedel steht politische Bildungsarbeit unter Druck.  
Eine Auswahl von FLORENTIN SCHUMACHER

Als die Regierung in Sachsen kürzlich ihren Sparhaushalt vorstellte, warnte SPD-Sozialministerin Petra Köpping davor, Initiativen gegen Rechtsextremismus und andere Demokratieprojekte als »Gedöns« abzutun. Es schmerze sie, »dass die Programme in die linke Ecke gerückt werden«. Doch nicht nur in Sachsen oder in Salzwedel geschieht das. Fünf Berichte über Orte, in denen das, was einmal fast alle richtig fanden – die Förderung der Demokratie –, nicht mehr ganz so wichtig erscheint. Oder gar unerwünscht ist.

### Wurzen

Wenn sie das so ausdrücken dürfe, sagt Melanie Haller, es habe sich angefühlt »wie einen Eimer Scheiße über sich ausschütten zu lassen«. Minutenlang hätten sie und eine Kollegin sich kurz vor Ostern im Wurzener Stadtrat eine Tirade des AfD-Manns Lars Vogel über ihren Verein anhören müssen. Dann stimmten zwölf der 20 Räte gegen die weitere Förderung des Netzwerks für Demokratische Kultur, für das Haller seit 21 Jahren arbeitet und das mit seinem Programm viele Preise gewonnen hat. Knapp 13.000 Euro versagte der Stadtrat nun dem Verein, der den Zuschuss erbeten hatte, um sich für mehr als das Fünffache der Summe an Kulturförderung bewerben zu können. Da die Wahl geheim war, könne sie nur mutmaßen, dass die CDU mit der AfD gestimmt habe, sagt Haller. Der Wurzener CDU-Fraktionsvorstand selbst wollte sich nicht äußern.

### Rostock und Schwerin

Kurz nachdem die Union der Bundesregierung ihre 551 Fragen zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen stellte, taten das so ähnlich jeweils auch die Fraktionen von CDU und AfD im Schweriner Landtag: Welche Initiativen denn wie viel Geld bekämen? Ob die sich an politischen Protesten beteiligen hätten? Man nehme das Recht der Opposition wahr, Fragen zu stellen, sagte CDU-Fraktionschef Daniel Peters. Rund 2.300 Empfänger von Landesmitteln listete die rote Regierung auf – zum Beispiel den Förderverein des Migrantenrats Rostock, eingerichtet 1992 nach den rassistischen Übergriffen in Lichtenhagen. Dessen Geschäftsführer Ruben

Cardenas Carbajal sagt über die Anfragen: »Wir beobachten das mit großer Sorge.« In der Rostocker Bürgerschaft wisse man zwar noch eine Mehrheit hinter sich, doch auch dort sei die AfD inzwischen gleichauf mit der CDU stärkste Kraft. In Schwerin, wo man kürzlich einen Migrantenrat nach dem Vorbild Rostocks einrichten wollte, verhinderte die AfD das gemeinsam mit der CDU. Denn, so begründete die CDU, sie wolle nicht, dass jemand ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in dem Gremium sitzen könne; dessen Satzung sah lediglich einen »regelmäßigen Aufenthalt« in Schwerin vor.

### Werneuchen

Christine Reich hat eine Tabelle: Der erste Eintrag ist von 2018, und wenn es einen extrafetten gäbe, dann wäre es der 2022. Damals beantragte die AfD-Fraktion im Landtag in Potsdam, dem Verein Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, den Reich führt, den Status der Gemeinnützigkeit zu entziehen. Der Verein betreibt in Werneuchen, nordöstlich von Berlin, eine Jugendbildungsstätte, in der etwa Schüler lernen sollen, was präsidentiale Worte wie »politische Teilhabe« bedeuten. Reichs Haus ist aber auch die Bundesbildungsstätte der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD), die aus der Arbeiterbewegung kommt und deren Geschichte mit der der SPD verbunden ist. Und diese SJD weise »linksextremistische Bezüge« auf, so die Brandenburger AfD-Fraktion, die verlangte, der Stätte die Fördermittel zu streichen. Ihr Antrag scheiterte, wie auch der auf Entzug der Gemeinnützigkeit. Gut 15 derartige Anfragen und Anträge der AfD hat Reich aufgelistet. Bisher blieben die ohne konkrete Folgen für sie, aber wer wisse, wie lange das so bleibe. »Früher richteten sich die Angriffe gezielter gegen einzelne politische Gegner wie uns«, sagt Reich. »Inzwischen verteilen sie sich auf ganz viele Akteure der politischen Bildung.«

### Berlin

Von einem »Ende dieses Wildwuchses« sprach Berlins Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch (CDU) vergangenen Spätsommer – und meinte damit das Programm ihrer Landeszentrale für politische Bildung und dessen angebliche Auswüchse wie »den Workshop »Siebdruck und (kritische) Männ-

lichkeit«. Als Günther-Wünsch in ihrem Haus eine neue Stabsstelle einrichten wollte, mit der die Landeszentrale ihr Angebot abstimmen sollte, vermutete nicht nur Maja Lasić, die für den Koalitionspartner SPD im Abgeordnetenhaus sitzt, »eine politische Agenda«. Mittlerweile ist das Vorhaben versandet, doch Lasić, die von SPD-Seite für die Landeszentrale zuständig ist, meint: »Das Wichtigste ist, dass sie ihren Wählern signalisiert haben: Wir wehren uns gegen alles vermeintlich Linksrüne.«

### Landkreis Bautzen

Zu teuer, zu bürokratisch, auch zu links – das seien die »Partnerschaften für Demokratie« (PFD), urteilte Ende März im Bautzener Kreistag eine Mehrheit mit Stimmen der AfD-Fraktion, des Bündnisses Oberlausitz/Freie Sachsen und mehrerer Kreisräte von CDU, Freien Wählern und BSW. Da die Räte den Eigenanteil an dem Förderprogramm von 50.000 Euro nicht aufbringen wollten, entgehen dem Landkreis nun 200.000 Euro im Jahr, die man vom Bund erhalten hätte. Einer, der das Programm weiterführen wollte und sich damit auch gegen Teile seiner Fraktion stellte, ist der CDU-Kreisrat und Bautzener Oberbürgermeister Karsten Vogt. Er zählt auf, was man bisher habe fördern können: Mobbing-Prävention, Zukunftswerkstätten, Skaten auf dem Dorf. »Was daran politisch sein soll, muss mir mal jemand erklären.« Dass einem ein Projekt nicht passe, gehöre dazu. Aber deshalb das ganze Programm abwickeln? Vogt sagt: »Jugendarbeit ist keine Verschwendung von Steuergeldern. Mit der Lücke, die nun entsteht – wie sollen wir die Mittel dafür finden?« Zur Kritik aus dem Kreistag, dass die PFD-Richtlinien unter »lokalen Herausforderungen« nur Extremismus von rechts benennen, nicht den von links, sagt Vogt: »Wenn Projekte sich gegen Extremismus aussprechen, gegen Staatsfeindlichkeit, haben sie immer meine Unterstützung. Wenn wir daran rütteln, rütteln wir an den Fundamenten unserer Gesellschaft.« Die bundesweiten Demokratieteamerpartnerschaften gebe es nun seit zehn Jahren – er wolle daran erinnern, wer sie einmal eingerichtet habe: eine CDU-Regierung.

ANZEIGE

## GENUSSVOLL IN DEN FRÜHLING



Erleben Sie im neuen ZEITmagazin  
WOCHENMARKT genussvolle Momente –  
mit 55 frischen Rezepten für Frühling und  
Sommer, vielfältigen Reise-Tipps  
und spannenden Geschichten rund um  
die Themen Kochen und Genießen.

**25%  
sparen**  
2 Ausgaben  
für nur 16,50 €

Jetzt bestellen:  
[zeit.de/wm-25](https://zeit.de/wm-25)  
040/42 23 70 70\*



\*Bitte Bestellnummer angeben: 2175332



# Der Rest vom Blütenfest

Seit dem Mauerfall hat sich die Obstbaufläche im Osten halbiert. Nun werden erneut Plantagen gerodet. Ist damit das Ende des ostdeutschen Apfels gekommen? VON JAKOB MILZNER

Auf einer Straße voller Teerflicken bei Grimma spazieren ein alter Mann und sein Dackel durchs sächsische Obstland, vorbei an Kirsch- und Apfelbäumen, deren Knospen sich im Frühlingswind wiegen. Obwohl es erst Mitte April ist, lässt die Mittagssonne die Luft über dem Asphalt flimmern. Dann, ein paar Meter hangaufwärts, enden die Baumreihen abrupt und weichen Ackerfurchen, hinter denen sich am Horizont die Rotoren von Windrädern drehen.

Früher, erinnert sich der Mann, sei hier, wo Mönche und Nonnen des Zisterzienserordens vor mehr als 800 Jahren erste Apfelbäume pflanzten, alles voller Obst gewesen. Mittlerweile sind viele Flächen gerodet und zu Ackerland umgepflügt worden. »Es ist schade, dass das verschwindet«, sagt der alte Mann.

Die Hälfte aller ostdeutschen Obstplantagen ist seit dem Mauerfall verloren gegangen. Fremdelte der gesamtdeutsche Handel nach dem Ende der DDR unter anderem mit den dort angebauten Sorten wie dem Gelben Köstlichen – inzwischen besser bekannt als Golden Delicious, damals auch »Grüner Grässlicher« genannt –, ist es heute vor allem der Kostendruck, der die Betriebe plagt. So plant die Obstland Dürreweitzschen AG, um die sich das sächsische Obstland erstreckt, in den nächsten Jahren etwa die Hälfte der verbliebenen Flächen zu roden. Hat der ostdeutsche Obstbau überhaupt noch eine Zukunft?

Der Firmensitz der Obstland AG im Grimmaer Ortsteil Dürreweitzschen ist eine kleine Stadt mit eigener Tankstelle und Häuserblocks, in denen früher die Mitarbeitenden wohnten. Heute täten das nur noch einige wenige, sagt Dieter Heerklotz, während er auf ein roh verputztes Gebäude zuläuft. In einem Besprechungszimmer im ersten Stock nimmt er an einem Tisch Platz, auf dem Säfte der konzerneigenen Kelterei bereit stehen. Die Obstland AG ist ein Riese des sächsischen Mittelstands, der 2023 knapp 67 Millionen Euro Umsatz machte und sich aus elf Tochterfirmen zusammensetzt, darunter sechs landwirtschaftliche Betriebe, die zuletzt auf knapp tausend Hektar Obst anbaute.

Heerklotz ist Lebensmittelprofi: Seit 2021 Geschäftsführer der Sachsenobst-Vermarktungsgesellschaft und sechs weiterer Obstland-Tochterfirmen,

davor arbeitete er unter anderem in der Fleischindustrie. Ob Fleisch oder Obst: »Der reine Produktionsprozess ist vergleichbar«, sagt er. »Sie haben ein verderbliches Produkt, das Sie so konfektionieren müssen, wie der Lebensmitteleinzelhandel das vorgibt. Und dann versuchen Sie, für die Erzeuger die besten Preise zu generieren.«

Die Lage im ostdeutschen Obstbau bricht Heerklotz auf wenige Zahlen herunter. Pro Hektar Apfelplantage müsse man etwa 17.600 Euro erwirtschaften, um Profit zu machen. Auf einen Hektar kämen rund 3.000 Bäume. Macht knapp sechs Euro pro Baum und Jahr.

Wie in vielen anderen Branchen sind jedoch in den vergangenen Jahren die Ausgaben immer weiter gestiegen. Lohnkosten, Energie, Pflanzenschutz – alles zuletzt immer teurer geworden, sagt die Chefin des Obstbauverbands Sachsen & Sachsen-Anhalt, Carmen Kaps, während die Obstpreise nicht im selben Maße gestiegen seien. Hinzu komme, dass die Politik beim Pflanzenschutz viele Wirkstoffe verboten habe. »Wenn wir chemischen Pflanzenschutz in Deutschland weiter so verteufeln«, sagt Kaps, »wird der regionale Obstbau kaputtgehen.«

## Zu DDR-Zeiten hätten sich die Obstbauern im Zentrum des Tuns gefühlt

Den Druck spürt auch Alexander Ehm. Mit seinem Bruder leitet er die Obstproduktion Hohnstedt, die östlich des Süßen Sees und westlich von Halle in Sachsen-Anhalt Aprikosen, Äpfel, Weintrauben und Kirschen anbaut. Wie Obstland Dürreweitzschen ist auch der Hohnstedter Betrieb das Überbleibsel einer der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, kurz LPG, die zu DDR-Zeiten die Bevölkerung versorgten. Doch bei den heutigen Kosten, sagt Ehm, komme er kaum gegen die Konkurrenz aus dem Ausland an. »Rein wirtschaftlich müsste man deshalb sagen: aufhören. Es ist einfach zu teuer. Aber wir machen weiter, solange es noch geht.«

Dass es heute noch geht, liegt auch an den Finanzhilfen, die nach einem verheerenden Kälteeinbruch vor einem Jahr kamen. »Der 23. April 2024 war für jeden Obstbauern hier ein einschneidender Tag«, erinnert sich Ehm. In der Nacht hatte es vor allem in Süd- und Ostdeutschland starken Frost über mehrere

Stunden gegeben. Am nächsten Morgen sei er angesichts der Schäden auf seinen Plantagen zunächst in eine »Schockstarre« verfallen. Aber: »Wenn ich aufhöre, ist es sofort vorbei. Also stehst du weiter jeden Morgen auf, schneidest die Bäume, mulchst und machst den Pflanzenschutz.«

Einzelne Frostnächte im April sind eigentlich nichts Ungewöhnliches. Doch 2024 war dem Kälteeinbruch ein außergewöhnlich warmer März vorausgegangen. Viele Obstbäume standen bereits in voller Blüte, als die Temperaturen auf einmal weit unter den Gefrierpunkt fielen.

In Hohnstedt, sagt Alexander Ehm, hätten sie 2024 nur ein Fünftel der normalen Ernte eingefahren. Gemeinsam mit anderen Obstbauern wandte er sich damals an die Politik. Es habe Besuche von Landespolitikern gegeben, erzählt er, bis schließlich Geld vom Land und von der EU kam. Allein die Hilfen, die deutsche Obst- und Weinbauern aus Brüssel erhielten, summieren sich auf 46,5 Millionen Euro. »Das hat uns wirklich gerettet«, sagt Ehm.

Klimawandel, Kostendruck und Pflanzenschutz mögen heute die wichtigsten Herausforderungen sein, vor denen die Obstbaubetriebe stehen. Möchte man jedoch verstehen, warum die Anbaufläche im Osten zwischen 1992 und 2022 um die Hälfte schrumpfte, während sie im Westen fast gleich blieb, muss man noch einen Parameter hinzuziehen, nämlich die Betriebsgröße: Bundesweit bewirtschaftete ein Betrieb im sogenannten Baumobstanbau im Schnitt rund sieben Hektar, teilt das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft mit. In Sachsen seien es dagegen 48 Hektar.

Die enormen Flächen erklären sich aus einem groß angelegten Aufbauprogramm, das die DDR in den 1970er-Jahren verfolgte, um die Bevölkerung mit Obst zu versorgen. Alexander Ehms Vater war Teil dieses Programms: »Damals haben sich die Obstbauern im Zentrum des Tuns gefühlt«, sagt sein Sohn heute.

Nach der deutschen Einheit, sagt Ehm, sei unter den Obstbauern im Westen die große Angst vor der neuen Konkurrenz umgegangen. Doch vielen LPG habe es am Geld gefehlt, um weiterzumachen. Als die zu DDR-Zeiten gepflanzten Bäume gerade erst richtig am Blühen waren, habe

es daher riesige Rodungen gegeben. Besonders krass war der Kahlschlag in Sachsen-Anhalt, wo auch Ehms Betrieb steht: Zwischen 1992 und 1997 verringerte sich die Fläche für den Baumobstanbau von 5.872 auf 2.064 Hektar – und für 2022 wies das Statistische Bundesamt zuletzt nur noch 1.081 Hektar aus.

Ist der Niedergang des ostdeutschen Obstbaus damit eine Geschichte von Wendevertierern?

## Jeder Apfel wird fotografiert, per Infrarot durchleuchtet und dann gewogen

Nicht ganz. Denn das Problem der großen Obstbaubetriebe seien vor allem die hohen Arbeitskosten, sagt Ehm. Während für die meisten Produkte gilt, dass mit einer größeren Produktionsmenge die Herstellungskosten je Stück sinken, lässt sich das nur bedingt auf den Obstbau übertragen. Auf Getreidefeldern können Großtraktoren und Mähdrescher fahren, im Obstbau sind die Maschinen aufgrund der dichten Baumreihen deutlich kleiner. Vieles ist noch Handarbeit.

»Im Westen sind das meistens Familienbetriebe mit sehr wenigen Arbeitskräften«, sagt Ehm. Der in den vergangenen Jahren gestiegene Mindestlohn schlage dort weniger zu Buche. »Da wird viel kompensiert, indem man sich selbst ausbeutet.« Der Betrieb, den er mit seinem Bruder führt, sei seit der Wende schon von 450 auf 150 Hektar geschrumpft. »Aber wir sind noch immer viel zu groß für heutige Verhältnisse.«

In Dürreweitzschen stapft Chefvermarkter Dieter Heerklotz vom Konferenzraum der Obstland AG nun zwei Treppen abwärts und öffnet dann eine Tür, hinter der es rumort, als würden hier Maschinen gefertigt und nicht Elstar-Äpfel abgepackt. In der Sortierhalle lässt sich besichtigen, wie industrielle Obstproduktion jenseits von Plantagenromantik aussieht: Aus einem turnhallengroßen Kühlraum fährt ein Gabelstapler Plastikboxen voller Äpfel heran, die in einen künstlichen Fluss gekippt werden, der die Masse aus gelb-roten Bällen zunächst gen Auslesestation befördert. Dort fischen zwei Mitarbeiterinnen Blätter und faulige Äpfel heraus.

Der Transport im Wasser sei für die Äpfel am schonendsten, erklärt Heerklotz. Nach der Auslese

werde jeder Apfel von allen Seiten fotografiert, per Infrarot durchleuchtet und gewogen, bis Form, Farbe und Gewicht erfasst seien. Aus dem Fluss fallen die Äpfel nach Größe sortiert in kleinere Kanäle, in denen sie dann weiter ihrer Verpackung entgegengetrieben. Um die ganze Anlage zu bedienen, sagt Heerklotz, brauche es gerade einmal sechs Personen.

Auch auf den Plantagen sei einiges an Automatisierung möglich, erklärt er: Ernterobotik und autonome Fahrzeuge könnten menschliche Arbeit ersetzen. Allerdings seien solche Maschinen sehr teuer, sagt Heerklotz. Sogar für einen Großbetrieb wie die Obstland AG.

Dennoch sei er überzeugt, dass trotz anstehender Rodungen auch weiterhin ostdeutsches Obst im Supermarkt zu finden sein werde. »Man wird wohl versuchen, sich mehr auf Marken- oder Clubsorten zu beschränken.« Clubware, so nennt man rechtlich geschützte Sorten, die unter einem bestimmten Markennamen verkauft werden – zum Beispiel die Pink Lady oder, im Fall der Obstland AG, das Fräulein. Mit diesen Sorten könne man im Handel höhere Preise erzielen.

Eine andere Idee, wie der Obstbau gestärkt werden könnte, hat Alexander Ehm: eine verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft, wie es sie in Österreich gebe. »Bei frischer Ware könnte man groß eine Deutschlandflagge drauf drucken«, sagt er. »Aber der Handel will, dass die Ware austauschbar ist. Sonst müsste der am Ende mehr bezahlen.«

Zurück im Obstland schweift der Blick des alten Spaziergängers über die Reihen der knospenden Apfelbäume hinweg und richtet sich dann auf das Staubbraun des benachbarten Ackers. »Na ja«, sagt er, »jetzt haben sie Raps angebaut.«

Früher, erinnert sich der Mann, fuhren sie mit dem Fahrrad zu den Blütenfesten in der Gegend. »Das ist immer schön gewesen.« Die Feste gebe es zwar noch, doch sei es dort einfach nicht mehr wie früher. Der Mann zuckt mit den Schultern. Dann dürfe sich die Region bald »halt nicht mehr Obstland nennen«. Er verabschiedet sich und schlendert seinem Dackel hinterher, die Straße hinauf, dorthin, wo heute statt Obstbäumen der Raps in voller Blüte steht.

ANZEIGE



Jetzt gratis sichern!

## Auf nach Berlin!

Entdecken Sie im WELTKUNST-Spezial das neue Gesicht Berlins: eindrucksvolles Design, mitreißende Videokunst und deutsche Malerei, in der sich Ost und West begegnen. Kommen Sie mit auf vier spannende Spaziergänge von Kreuzberg bis Charlottenburg, und erleben Sie die Kunsthighlights zum Gallery Weekend. Plus: die wichtigsten Adressen und Kunsttermine der Stadt.

Lesen Sie zwei Ausgaben für nur 18€, und Sie erhalten das WELTKUNST-Spezial gratis dazu!



[www.zeit.de/wk-berlin](http://www.zeit.de/wk-berlin)  
+49-40/42 23 70 70\*

\*Bitte Bestellnummer angeben: 2179622